

PRESSEMITTEILUNG

Der Erwerbslosenausschuss ver.di Südbaden hat festgestellt:

OPTIMIERUNGSGESETZ BRINGT EIN OPTIMUM AN REPRESSION UND SANKTION

Das „Optimierungsgesetz“ (jetzt „Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung“ genannt) liegt als Gesetzesentwurf vor und kann in der Fassung vom 03.05.06 auf der Website von Harald Thomé herunter geladen werden (<http://www.harald-thome.de>) : Finanzielle Strafen durch Kürzungen nicht nur beim Regelsatz, sondern auch bei den Kosten der Unterkunft stehen ganz oben auf der Liste drastischer Einschnitte. Mit Hilfe sinnloser Trainingsmaßnahmen sollen Erwerbslose zukünftig auf Arbeitswilligkeit überprüft werden – die Annahme ihres Antrags soll hiervon abhängig sein! Der Vermögensfreibetrag wird reduziert und die Beweislast bei eheähnlichen Gemeinschaften umgekehrt.

Anstatt Eingliederung ins Erwerbsleben bringt dieses Gesetz Bestrafungen und den Abbau von Grundrechten für Millionen betroffene Bürger. Erwerbslose werden so zu Bürgern 2.Klasse herabgewürdigt.

Der Erwerbslosenausschuss verwahrt sich gegen die Verschärfung von Arbeitszwang, Konkurrenz und Ausgrenzung!

Nur wenige positive Änderungen wie im Bereich der Mehrbedarfe für Behinderte fallen gegenüber den Verschlechterungen nicht ins Gewicht.

Hingegen werden Telefonabfragen legalisiert und der umfassende Datenabgleich mit zentralen Bundesbehörden wird sogar auf Zeiten vor der Erwerbslosigkeit ausgeweitet. Die Einrichtung von Außendiensten bei den ARGEN wird für die Kommunen zur Pflicht: Wegen angeblichem Leistungsmissbrauch. Hier wird nichts „optimiert“ außer Bespitzelung und Kontrolle. So soll jegliche Gegenwehr der Erwerbslosen gebrochen werden. Gelder, die für ein staatliches Beschäftigungsprogramm dringend nötig wären, werden weiter für Disziplinierungsmaßnahmen verschleudert!

Noch Schlimmeres droht im Herbst des Jahres. **Denn Wirtschaftsvertreter und Regierungskoalition bereiten am Auge der Öffentlichkeit vorbei den Boden für die Reduzierung des Regelsatzes auf €225,--**

(Höhe der Leistung nach dem AsylbLG). Wenn **jetzt** kein Widerstand und massiver Protest von uns erfolgt, wird uns dies als weiterer „Anreiz zur Arbeitsaufnahme“ präsentiert werden. Für die Mehrheit der abhängig Beschäftigten sieht der Umbau des Sozialstaats so aus: Beschäftigung finden sie nur noch im Niedriglohnsektor und ungesicherte Arbeitsverhältnisse werden zur Regel.

Dieser Absicht der Regierung, die dem Kapital jeden Gefallen tut, müssen wir ein entschiedenes Nein entgegen setzen! Die ver.di Erwerbslosen rufen alle prekär Beschäftigten und noch Erwerbstätigen dazu auf, sich zusammen mit uns gegen die Bedrohung unserer Existenz und Menschenwürde zu wehren:

WIR SIND KEINE BITTSTELLER UND WOLLEN KEINE ALMOSEN!
WIR KÄMPFEN FÜR EXISTENZSICHERUNG MIT UND OHNE ERWERBSARBEIT!
WIR WOLLEN DEN ERHALT UNSERER BÜRGERRECHTE!

Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration am 03.06. 12.00 Uhr, in Berlin unter dem Motto „Schluss mit den „Reformen“ gegen uns!“

Wir protestieren aufs schärfste gegen die Privatisierung weiterer Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie z.B. Wohnungspolitik und Gesundheitswesen. **In Freiburg unterstützen wir die Forderung nach einem Bürgerentscheid über den geplanten Verkauf städtischer Wohnungen.**

In der letzten Juniwoche wird während der WM an einem dezentralen Aktionstag die Öffentlichkeit auf die Massenerwerbslosigkeit aufmerksam gemacht werden. Vorschläge zur Gestaltung dieses Tags vor Ort kann jedeR bis Ende Mai an die untenstehenden Ansprechpartner machen!

v.i.S.d.P. : Franz Faißt, ver.di Südbaden Hebelstr. 10, 79104 Freiburg, Tel. 0761-2855-2001

Ansprechpartner: in Freiburg: Ingrid Wagner, Tel. 01635786724,
in Offenburg: Günter Melle, Tel. 0781-35763